

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen.

Jahrg. 216 Nr. 287

**Bezugspreis:** monatlich 4 800.— mit Inhaltsverzeichnis, Belegungen nehmen 500.—  
bei Postämtern, Zeitungsstellen und allen Buchhandlungen entgegen.  
— Abnehmer Gewehr mündlich den Verlag von Schönbachstr. 10. —  
**Halle-Saale** Freitag, 22. Juni 1925  
**Anzeigenpreis:** Die Spaltenzeile 24 mm breit, 10 mm hoch, 600.— eine Kleinzeile 300.—  
100.— bei Postämtern, 2500.— A. Abnehmer nach Carl, Verlagsort Halle-Saale  
**Geldtastische Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf zentrale 7801,  
abends von 1 Uhr an Redaktion 5000 und 5610. — Postfach Leipzig 210 512.  
**Geldtastische Berlin:** Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfürst 2, 6209  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

# Intervention neutraler Staaten in Paris

## Neutraler Druck auf Poincaré

Um was es geht  
(Eigener Drahtbericht.)  
München, 22. Juni.

**Neutrale Interessen an der Reparationsfrage**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 22. Juni.  
In der Meldung des „Daily Telegraph“, wonach ein neutraler Staat Zentralerapparat in der Reparationsfrage intervenieren würde, wird am Dinstag erklärt, daß in der letzten Zeit in der Tat eine solche Intervention von mehreren neutralen Staaten erfolgt sei. Ueber die Namen der Staaten und das Ergebnis der genannten Intervention berichtet über das größte Schweigen.

schlag günstig gestimmten Ländern gemeinsam handeln und zumal möglichst mit Amerika.  
Von dem englischen Arbeiter, der durchaus englisch denkt, könnten unsere Genossen allerlei lernen.

**Harding über den Internationalen Gerichtshof**  
New-York, 21. Juni.  
Präsident Harding hielt heute abend in St. Louis die angekündigte große Rede zur Weltverurteilung des Eintritts Amerikas in den Internationalen Gerichtshof, der aber nach Ansicht Harding's völlig unabhängig vom Völkerbund sein müßte. Gegenüber heftigen Widerspruch aus dem Schoße der Versammlung entwickelte Präsident Harding in großen Zügen seine Auffassung von diesem Internationalen Gerichtshof. Er betonte, daß zwei Bedingungen vorher erfüllt werden müßten:

## Die Schwierigkeiten für eine Begegnung zwischen Baldwin und Poincaré

(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 22. Juni.  
Zu der Möglichkeit einer Begegnung Poincaré's mit Baldwin, von der in letzter Zeit viel die Rede war, erklärt der „Daily Telegraph“, daß eine solche Begegnung in diesem Sinne zwischen Paris und London rechtswirksam ist. Man könne folgende Mitteilung dazu machen: Genüßlicher ist scheint man die Auffassung zu vertreten, daß eine Intervention zwischen den beiden Premierministern unangebracht wäre, wenn es Herr Baldwin möglich sei, hierher zu kommen. Andererseits — und das sei wahrscheinlich — würden sich die beiden Premierminister auf halbem Wege zwischen Paris und London treffen.

1. müßte der Gerichtshof auch in der Praxis die Theorie, welche ihn gründete, entsprechen, es dürfe kein Zweifel darüber bestehen, daß er vom Völkerbund unabhängig sei; 2. müßten die Vereinigten Staaten auf völlig gleichberechtigter Stufe mit den übrigen Mächten darin auftreten können.

Der Präsident erklärte also, daß die amerikanische Nation mehr als je Gegner des Völkerbundes sei. Es sei deshalb vorzuziehen, daß der Gerichtshof unabhängig von ihm bestehe. Es gebe zwei Arten, diese Trennung zu betonen:

1. müßte man dem Gerichtshof das Recht erteilen, irgendwelche Angelegenheiten selbst, ohne Befragung irgend-einer Partei, in die Hand zu nehmen, 2. müßte man den Internationalen Gerichtshof in ein erst nach zu bestimmendes Schiedsgericht umwandeln und den Mitgliedern dieses letzteren die Vollmachten erteilen, welche gewöhnlich dem Völkerbundrat und der Vollversammlung des Völkerbundes zustünden.  
Wenn eine Nation, so erklärte Harding endlich, die nicht Mitglied des Gerichtshofes sei, eine andere Nation vor diesen fordern wolle, wüßte sie sich in diesem Zweck durch eine andere Nation vertreten lassen. Das sind in großen Zügen die Gedanken des Präsidenten unterbreiten will. Man Verhandlungen mit den Mächten in diesem Sinne einzuleiten. Der Zweck dieser Verhandlungen sei in letzter Linie, so schloß Harding seine Rede, durch ein internationales, wahrhaft starkes und unabhängiges Schiedsgericht den internationalen Streitigkeiten vorzuziehen und den Völkerbund immer zu unterbrücken. Nur durch ein freies, uneingeschränktes und aufrichtiges Wollen kann der Frieden hergestellt und der Ausbruch Weltkriegs: „Der Frieden zu bewahren“, in der Welt in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

## Die französischen Genossen sind stolz auf Poincaré

Die der radikal-sozialistischen Partei angehörenden Minister Sarraut, Strauß und Laffont erklärten heute nach Schluß des Ministerrates, daß sie nicht daran dächten, aus dem Kabinett Poincaré auszutreten. Journalisten gegenüber gaben sie die Versicherung ab, sie seien stolz darauf, mit einem so großen Republikaner wie Poincaré zu sein (!), Hand in Hand zu arbeiten.

## Die Ermordung des Schweizer Schlee

Genève, 21. Juni.  
Ein erster Bericht des schweizerischen Konsuls in Düsseldorf über die Ermordung des Schweizer Schlee in Dortmund ist beim Politischen Departement eingetroffen. Er enthält die unterrichtliche Mitteilung der bereits bekannten Darstellung über den Verlauf der Dinge durch die Dame, mit welcher Schlee an dem kritischen Abend promenterte. Das Politische Departement ist bei der französischen Regierung durch Vermittlung der Gesandtschaft in Paris vorläufig geworden; es hat eine strenge Untersuchung verlangt und Schadenersatzforderungen gestellt.

## Der englische Arbeiterstandpunkt

(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 22. Juni.  
Die „Free Press“ veröffentlicht ein Interview eines Londoner Berichters mit dem englischen Arbeiterführer James Macdonald. Ueber die letzte deutsche Note erklärte Macdonald, daß Deutschland nur innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit Zahlungen leisten könne. Viele Grenzen seien nur durch eine wissenschaftliche Untersuchungskommission zu ermitteln. Es müßte, sobald Deutschland sich wieder aufrichtig Vorzeige getroffen werden, daß der über dies Land verhängte wirtschaftliche Zustand sich für Deutschland nicht in einen Vorteil verwandeln könne. Solange der kommunistische Weltkrieg in Frage komme, zu der Rückbeziehung über die Zahlungen Macdonald: Jeder weiß, daß diese lediglich auf eine Bestätigung wirtschaftlicher Werte hinausläuft. Man glaube, daß wenn Deutschland durch übermäßigen militärischen Aufwand und durch schwere Steuerungsmaßnahmen niedrigeren würde, Frankreich nicht eines seiner zu Beginn der Rückbeziehung verhängten Ziele erreichen würde. Macdonald hält die Wiederherstellung der internationalen Einheitsfront für dringlich geboten, doch will er nicht von einem Abkommen wissen, das England aufzuerlegen, eine fremde Regierung sich selbstlos zu unterstützen. England müßte sich für die Angelegenheiten des Kontinents interessieren. England müßte auch als ersten Schritt für eine Konferenz vorschlagen, daß ein Ausschuss von Sachverständigen die Prüfung der deutschen Note überlegen sollte. Sollten die Berichteten diesen Vorschlag ablehnen, so müßte England im Einverständnis mit diesen Ber-

## Die Aushungerung des Ruhrgebiets

(Eigener Drahtbericht.)  
Dortmund, 22. Juni.  
Die Freigabe des Bahnhof Dortmund-Süd durch die Franzosen ist nur scheinbar eine Erleichterung der Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes und darauf berechnet, als französisches Entgegenkommen gegenüber dem Lebensmittelnot der Ruhrbevölkerung vor dem Ausbruch zu erscheinend. Tatsächlich erschweren die Franzosen nach wie vor systematisch den Transport von Lebensmitteln. Es fehlt im Ruhrgebiet dringend an Kartoffeln. Auch die Vorräte an Hülsenfrüchten sind so gering, daß ernste Bedenken für die Lage am Lebensmittelmarkt besteht. Aus dem Ruhrgebiet kommt jetzt das Verlangen, daß namentlich das internationale Rote Kreuz die Lebensmitteltransporte nach und im Ruhrgebiet unter seiner Schutz stelle und daß die internationale Caritas dem Ruhrgebiet dieselbe Sorge zuwenden wie den Hungergebiets Sowjetrusslands.

**Dollar amtl. 135 660,—**

Der aus der Pfalz ausgewiesene Abgeordnete Bürger von der Deutschen Volkspartei hielt hier eine Rede über die französischen Absichten. Er stellte fest, daß man die Verhandlung allerorts erkennen, der Gemüht der Franzosen den einseitigen Volkswillen des Schiedsgerichts entgegenzusetzen. Welche dieser Widerstand aufkommen, so konnte die Lösung der Meinlande und der Pfalz, damit sie die Einheit des Reiches und damit dessen Schicksal und auch die Zukunft Wahrens darin.

## Die Stinnesverdächtigungen

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 22. Juni.  
Die Beamten, die gegen den Untersuchungsrichter für die Marktprüfung wegen der bisher einseitigen Auswahl der Sachverständigen und Zeugen erhoben wurden, haben nun endlich zu dem Ergebnis geführt, daß für heute nachmittags zwei Vertreter des Stinnes-Kongens, nämlich Generaldirektor Winzler und Stinnes jun., von der Domburger Abteilung des Hofes geladen worden sind. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat die Firma Hugo Stinnes im April d. J. nahezu 600000 Pfund Sterling zur befristeten Verpfändung eingesetzt. Sollte für die Reichsbank und die Reichsmarine zugekauft werden. Diese Dinge, die bei einer Untersuchung in einem völlig neuen Licht erscheinen lassen, dürften nun wohl auch von dem Untersuchungsrichter zur Sprache kommen. Die Anfrage gewisser Instanzlicher Mächte können aller Voraussicht nach mit einer bestimmten Widerlegung der leistungsfähigen Arbeiter dieser Industrie zusammenhängen.

## Ein Prozeß Hitler-Großmann

(Eigener Drahtbericht.)  
München, 22. Juni.  
Gestern hatte sich vor dem hiesigen Gericht der Schriftführer Siegen Großmann wegen Verleumdung Adolf Hitler's zu verantworten, weil er vom amerikanischen Woodruff der Nationalisten gefolgt habe. Der Landungsabgeordnete Bauer jagte als Zeuge aus, er habe die Mitteilung bekommen, daß bei der Deutschen Kraft dreimal Geldbeiträge, darunter einmal 30 Millionen Mark, vom Staatsgebiet überführt wurden und sich bei Seiten zur Aufhebung kamen, die sonst über keine Geldbeiträge verfügten. Es seien Anhaltspunkte vorhanden gewesen, daß das Geld von dem amerikanischen Automobilfabrikanten Ford komme, der in der nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine große Rolle spiele und in der nachgehenden Reihe von französischen Gesandtschaften sei. Der Kaufmann Christian Weber, Mitglied der nationalsozialistischen Parteileitung, führte aus, daß die Partei selbstverständlich vom Auslande Geld bekommen, größtenteils von Parteimitgliedern aus dem Reichsgebiet und von Fremden aus Amerika. Er erklärte aber unter Eid, daß die Partei aus dem Ausland Geld nicht bekommen habe, er rechne nicht von Frankreich und Nord. Das Gericht beschloß die Aussetzung der Verhandlung und die Ladung weiterer Zeugen.

## Revolution in Albanien

(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 22. Juni.  
Die der „Matin“ aus Belgrad wissen wohl, ist in Albanien eine Revolution ausgebrochen. Die Revolutionäre, die in einem Kampf mit den Regierungstruppen siegreich waren, fordern angeblich mit Unterstützung der italienischen Geistlichkeit und Italiens die Rückkehr des Prinzen Wied.

## Der Acta am Ende seiner Kraft

(Eigener Drahtbericht.)  
München, 22. Juni.  
Die Lage im Kretagebiet hat sich geändert. Die Griechen haben nachgegeben. Das Söldnerheer von Glosa scheint außer Gefahr zu sein, weil schließlich werden kann, daß der Sultan am Ende seiner Zeitigkeit ist.

## Tschitscherins Antwort an Lord Curzon

Moskau, 22. Juni.  
In seiner Antwort auf das englische Memorandum vom 18. Juni formuliert Tschitscherin mit Bestimmtheit, daß die englische Regierung durch die Nachgiebigkeit in der sowjetrussischen Note vom 10. Juni befriedigt sei. Vollständig der beiderseitigen Verständigung, sich von der Unterzeichnung der Propaganda loszusagen, wird die Sowjetregierung eine Formel verlangen, gemäß der die britische Regierung und die Regierungen aller britischen Kolonien sich von einer Unterzeichnung von fernbestimmten Verbindungen, die nicht nur von russischen Emigranten, sondern auch von Angehörigen der Rote ausgehen sollten, werden lösen müssen. In der Entscheidungsgeschichte formuliert die Sowjetregierung mit Bestimmtheit, daß die britische Regierung von allen









